



## **Inhalt**

1.	Das Zypernproblem .....	2
2.	Gasvorkommen.....	7
3.	Griechische Zyprioten .....	8
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	8
	Innenpolitische Entwicklungen .....	8
	Arbeitsverhältnisse und Gewerkschaften .....	9
4.	Türkische Zyprioten .....	11
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	11
	Innenpolitische Entwicklungen .....	12
	Außenpolitik .....	13
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	14

## **FES NEWS**

- bitte besuchen Sie uns auf -

[www.fescyprus.org](http://www.fescyprus.org) - [www.facebook.com/FEScyprus](https://www.facebook.com/FEScyprus)

## 1. Das Zypernproblem

Die intensiven Verhandlungen zur Lösung der Zypernfrage wurde im Januar fortgeführt. Die beiden Volksgruppenführer trafen sich am 7., 14. und 29. Januar.

Bei ihrem ersten Treffen am 7. Januar diskutierten die beiden Volksgruppenführer Nicos Anastasiades und Mustafa Akinci die Entwicklung der Gespräche und besprachen zukünftige Kernthemen sowie mögliche Wege zur Annäherung.

Während des zweiten Treffens am 14. Januar tauschten sich die beiden Politiker auch über die Prinzipien einer möglichen Lösung. Dabei geht es vor allem um die Themenbereiche territoriale Anpassungen sowie Eigentumsfragen, Regierungsführung und das Recht zur Unterzeichnung internationaler Verträge, bei dem das Prinzip einer einzigen, internationalen Identität respektiert wird. Außerdem wurden die Listen mit den Namen der Mitglieder des Bildungsausschusses ausgetauscht. Der Ausschuss wurde im November eingerichtet, um Zyperns derzeitigen Stand in Forschung und Didaktik zu überprüfen. Nach dem Treffen gaben die beiden Politiker bekannt, dass sie die Einladung zu einem Treffen mit UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon während des vom 20. bis zum 23. Januar dauernden Weltwirtschaftsforums im schweizerischen Davos akzeptiert hätten. Dies führte in der Presse auf beiden Seiten zu Spekulationen über eine mögliche Hinterzimmerdiplomatie. Die griechisch-zypriotischen Parteien, allen voran DIKO, EDEK und die Grünen, reagierten heftig und betonten ihre Befürchtung über eine mög-

liche Aufwertung der TRNZ<sup>1</sup> und den Status des türkisch-zypriotischen Volksgruppenvertreters.

Am 29. Januar verständigten sich die beiden Volksgruppenvertreter über das Prozedere der Verhandlungen in den kommenden Monaten. Es wurden keine substantiellen Themen besprochen, stattdessen einigten sich Anastasiades und Akinci über eine Liste von Themen, die noch zu bearbeiten sind. Einem Bericht der Cyprus News Agency zufolge wurden drei Punkte festgehalten. Zunächst soll eine Liste mit Themen erstellt werden, die zwar bereits verhandelt wurden, bei denen aber noch eine Einigung aussteht, an denen dann weiter gearbeitet werden soll. Anschließend sollen Gespräche über noch nicht verhandelte Fragen stattfinden. Zudem sollen die Grundlagen für die Umsetzung des Abkommens nach Zustandekommen der Lösung geschaffen werden. Die nächsten Treffen von Anastasiades und Akinci sind für den 8. und 26. Februar geplant.

Während des Weltwirtschaftsforums in Davos traten Anastasiades und Akinci am 20. Januar zum ersten Mal gemeinsam vor Staatsmännern und Wirtschaftsführern, um um finanzielle

---

<sup>1</sup> Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, wird er von der internationalen Gemeinschaft als der Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten betrachtet. Da die Regierung der Republik Zypern international als die Regierung für die gesamte Insel anerkannt wird, ist somit die ganze Insel ein Mitglied der Europäischen Union. Das Acquis communautaire ist im Norden Zyperns ausgesetzt, bis eine politische Lösung in der Zypernfrage gefunden ist (siehe Protokoll Nr. 10 des Aufnahmevertrages).

Unterstützung für die Lösung der Zypernfrage zu bitten. Die beiden Politiker nahmen bei einer Gesprächsplattform mit dem Titel „Die Wiedervereinigung Zyperns“ teil und betonten mehrfach, dass sie auf die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft zählten und auf technische und finanzielle Hilfe bei der Umsetzung einer Lösung hofften. Am Rande des Weltwirtschaftsforums trafen sich Anastasiades und Akinci zu separaten Gesprächen mit dem amerikanischen Vize-Präsidenten Joe Biden und gemeinsam mit dem UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon. Anastasiades nahm auch an einem Abendessen des Gründers des Weltwirtschaftsforums, Klaus Schwab, teil. Des Weiteren traf er sich mit dem Präsidenten der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Suma Chakrabarti, und dem griechischen Premier, Alexis Tsipras. Akinci führte Gespräche mit dem Präsidenten der Weltbank, Jim Yong Kim, und dem britischen Premierminister, David Cameron.

Der Vorsitzende der AKEL, Andros Kyprianou, wurde am 23. Januar in Istanbul vom türkischen Außenminister Mevlut Cavusoglu und dem türkischen Premierminister Ahmet Davutoglu empfangen, um sich über die Zypernfrage auszutauschen. Kyprianou war am 2. Januar durch den türkisch-zypriotischen Verhandlungsführer Ozdil Nami vom türkischen Außenminister eingeladen worden. Das Treffen wurde von den Hard-Line Parteien, denen EDEK und DIKO angehören, heftig kritisiert. Befürworter des Treffens sahen es als eine außergewöhnliche Gelegenheit für die griechisch-zypriotische Seite, ihren Standpunkt der türkischen politischen Führung direkt zu vermitteln und aus erster Hand die

türkische Haltung hinsichtlich zentraler Aspekte der Zypernfrage zu erfahren. Das Treffen war auch für die türkische Seite von großer Bedeutung, da die AKEL gegen jegliche Beteiligung der NATO an einer Sicherheitsarchitektur für ein wiedervereinigtes Zypern ist. Für die Türkei hingegen scheint eine Einbeziehung der NATO möglicherweise akzeptabel zu sein. Nach dem Treffen sagte Kyprianou, dass die Türkei in der Frage der Garantien mitreden wolle, diese aber nicht in der gegenwärtigen Form weiterbestehen werden. Dies scheine darauf hinzudeuten, dass es Raum für einen Dialog in dieser Frage gebe. Kyprianou zufolge wolle die Türkei Akinci freie Hand in internen Fragen geben, da Sicherheits- und Garantiefragen für Ankara von größerer Bedeutung seien. Kyprianou bemerkte auch, dass die politische Führung der Türkei verstanden habe, dass sie ohne eine Lösung der Zypernfrage keine wesentliche Rolle im östlichen Mittelmeer spielen werde. Mevlut Cavusoglu beschrieb sein Treffen mit Kyprianou als „sehr positiv“ und betonte, dass Präsident Anastasiades in seinen Verhandlungen von der AKEL unterstützt werde. Kyprianou seinerseits bezeichnete das Treffen als „ausgesprochen freundlich“.

Anastasiades verkündete als eine Geste des guten Willens die Aufnahme von Türkisch in die Liste der offiziellen EU-Sprachen zu prüfen, da Türkisch eine der beiden offiziellen Sprachen der Republik Zypern sei. Akincis Sprecher Baris Buru sagte, dass dies überfällig sei und begrüßte den Schritt als ein positives Zeichen.

Der türkisch-zypriotische Minister für innere Angelegenheiten und Arbeit, Asim Akansoy,

verkündete, dass die Ausschreibung der UNDP für die Öffnung des Grenzüberganges Lefka/Aplici und Deryneia/Derinya abgeschlossen sei. Akansoy gab bekannt, dass die Europäische Kommission 2,1 Millionen Euro zur Verfügung gestellt habe, die zuvor für Straßenarbeiten vorgesehen waren.

Während der Tage um den Jahreswechsel 2015/2016 lieferte die Republik Zypern 20 bis 30 MW Strom an den Norden, da das türkisch-zypriotische Elektrizitätswerk aufgrund einer Panne keinen Strom mehr produzierte. Akincis Sprecher Baris Burcu sagte, dass die Rahmenbedingungen für eine permanente Zusammenlegung beider Elektrizitätsnetze noch nicht gegeben seien, dass Strom jedoch zeitlich begrenzt geliefert werden könne. In diesem Zusammenhang sagte der türkisch-zypriotische Minister für Landwirtschaft, Ressourcen und Ernährung, Erkut Sahali, dass die Zusammenlegung der beiden Netze eine „temporäre, aber wichtige Maßnahme“ sei.

In seinem Bericht über die UN-Friedenstruppe in Zypern (UN Peacekeeping Force in Cyprus – UNFICYP) betonte der UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon, dass er durch die Entschlossenheit der beiden Volksgruppenvertreter in der intensiven Verhandlungsphase ermutigt sei. Die positive Dynamik müsse beibehalten und der Verhandlungsprozess schnellstmöglich erfolgreich abgeschlossen werden, um und zu einer umfassenden Lösung zu kommen.

Am 15. Januar informierte der UN-Sondergesandte für Zypern Espen Barth Eide, den UN-Sicherheitsrat in einer geschlossenen Sitzung in

New York über die neuesten Entwicklungen bei den Friedensverhandlungen. Trotz bestehender Schwierigkeiten sei eine Lösung „mehr als möglich“. Demzufolge gebe es in einer Reihe von Punkten weitreichende und bemerkenswerte Fortschritte. Die verbleibenden Fragen seien jedoch immer die schwierigsten. Die kommenden Wochen und Monate werden sich um diese ungelösten Kernfragen drehen. Er wolle nicht den Eindruck erwecken, dass eine Lösung unmittelbar bevorstehe, da einige für beide Gruppen wichtige Fragen noch nicht endgültig geklärt seien. Es bestehe jedoch der Wille zu einer Lösung bei allen wichtigen Entscheidungsträgern. Des Weiteren werde der Sicherheitsrat eine Rolle spielen, wenn es zu einer entgeltlichen Lösung komme. Es werde eine andere Rolle als bisher sein. Zudem werde der Sicherheitsrat im Falle einer Lösung die neuen Rahmenbedingungen einer zukünftigen UN-Mission festlegen.

Im Januar sprach Eide in einem exklusiven Interview mit der Cyprus News Agency über die Finanzierungsmöglichkeiten einer Lösung. Eide zufolge machten sich viele Menschen Gedanken über eine Finanzierung und hätten kreative Vorschläge sowohl im Hinblick auf öffentliche wie auch aus dem privaten Sektor stammende Finanzierungsmöglichkeiten in Form langfristiger Investitionen. Er habe konkrete Gespräche mit ernsthaft interessierten möglichen Investoren geführt. Die Frage, ob der Steuerzahler für eine Lösung aufkommen müsse, verneinte Eide. Es gehe eher darum, „echtes Geld“ für die entstehenden Kosten zu bekommen. Dieses Geld soll den Menschen zukommen, damit es innerhalb des Wirtschaftskreislaufes zirkuliere. Er gehe davon aus, dass das Geld aus öffentlichen

und/oder privaten Quellen stammen und ein großer Anteil in Form von Kompensationszahlungen an die Menschen weitergeleitet werde. Dieses Geld werde nach Zypern kommen und in Zypern bleiben. In Bezug auf die Kosten einer Lösung, die auf bis zu 25 Milliarden Euro geschätzt werden, wollte sich Eide nicht festlegen. Die Zahl sei wahrscheinlich falsch, da sie auf groben Berechnungen beruhe, ohne die wahren Kosten der Kompensationszahlungen zu berücksichtigen. Um die genauen Kosten zu berechnen, müssten die Experten verschiedene Berechnungsgrundlagen genau kennen und auch, was genau finanziert werden müsse. Bis die politische Führung sich in den dafür relevanten Bereichen einige (d.h. auf die territorialen Anpassungen und die Eigentumsfrage), könnten keine genauen Berechnungen vorgenommen werden. Daher werden nun zyprische Experten, sowie Experten des IWF, der Weltbank, der EZB, der Europäischen Kommission und auch des privaten Sektors herangezogen. Um ein Ergebnis zu erzielen, müssten diese Experten an Informationen kommen, die bisher noch nicht weitergeleitet worden seien. Hinsichtlich der Garantiemächte sagte Eide, dass diese Frage von der politischen Führung vorangetrieben werden müsse. Da die Verhandlungen in diesem Bereich noch nicht begonnen hätten, könne er keine Stellung dazu nehmen. Die drei Garantiemächte machten jedoch deutlich, dass eine Lösung zu diesem Problem gefunden werden müsse und dass sie ihre eigene Politik überdenken müssten.

Der griechisch-zyprische Finanzminister sagte, dass die Regierung alles unternehmen werde, um 2016 oder zum frühest möglichen

Zeitpunkt eine Lösung zu finden. Eine Lösung werde sich positiv auf die Wirtschaft auswirken. Der wirtschaftliche Aufschwung werde durch die Aufhebung von Beschränkungen im Handel und Geldverkehr für den Norden und die Öffnung des türkischen Marktes für zyprische Produkte und Dienstleistungen gefördert. Um diese positiven Aussichten Wirklichkeit werden zu lassen und nicht zu gefährden, müssten einige wichtige Voraussetzungen erfüllt werden, die die Beteiligung eines Staates und das Funktionieren einer Wirtschaft innerhalb der EU und dem Euro-Raum betreffen.

Am 25. Januar gaben die EU und Türkei bekannt, dass sie die derzeitigen Gespräche in Zypern begrüßen und weiterhin die Bemühungen des UN-Sondergesandten in Zypern, Espen Barth Eide, hinsichtlich einer umfassenden Lösung voll und ganz unterstützen. Diese Zusage war Teil einer gemeinsamen Erklärung, die das Ergebnis eines Treffens auf höchster Ebene in Ankara war. Der türkische Außenminister Mevlut Cavusoglu und der Minister für EU-Angelegenheiten und Chefunterhändler der Türkei Botschafter Volkan Bozkir, die Hohe Vertreterin für Außenpolitik der EU Federica Mogherini sowie der EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterung Johannes Hahn standen hinter diese Bekanntmachung.

Der türkische Minister für EU-Angelegenheiten und Chefunterhändler Volkan Bozkir stattete dem Norden der Insel einen offiziellen Besuch ab und betonte, dass Zypern hinsichtlich einer Lösung eine sehr wichtige Phase erreicht hätte und fügte hinzu, dass die Verhandlungen über

eine EU-Mitgliedschaft der Türkei ebenfalls eine neue Stufe erreicht hätten.

In einem Interview mit einer türkischen Tageszeitung sagte Bozkir, dass sich die Situation in Zypern nach der Entdeckung der Gasvorkommen und der Fertigstellung des Wassertransferprojekts, welches den Nordteil der Insel mit der Türkei verbinde, geändert hätte. Er betonte, dass dies eine Lösung des Zypernproblems – möglicherweise noch in diesem Jahr – wahrscheinlicher mache. Dies beziehe sich auf die acht vom Europäischen Rat blockierten Kapitel und weitere fünf von der griechisch-zypriotischen Regierung blockierten Kapitel.<sup>2</sup> Die Türkei sei innerhalb der nächsten zwei Monate bereit 13 Kapitel zu öffnen.

Im Gegensatz zu den positiven Kommentaren der türkischen Regierung und vor allem Bozkirs, machte der türkische Botschafter in Nicosia, Derya Kanbay, während eines Besuches einer Abordnung von TMT-Veteranen (Türkische Widerstandsorganisation gegen die griechischen Zyprioten, die während der britischen Kolonialzeit gegründet wurde) einige aggressive Bemerkungen, die an die traditionelle Haltung der Türkei gegenüber Zypern erinnerten. Er betonte, dass die Befürchtungen innerhalb Teilen der Bevölkerung wahr und gerechtfertigt seien und sagte, dass sie einer Meinung darüber seien, wie die Verhandlungen geführt werden müssten. Hinsichtlich eines föderalen Staates bezog er sich auf „zwei Länder, zwei Völker und

---

<sup>2</sup> So es sich nicht um einen Fehler in der Berichterstattung der Medien handelt, ist dies inkorrekt. Es sind derzeit 6 Kapitel von der Republik Zypern blockiert.

zwei Staaten“. Er könne nicht verstehen, wie es zu einer Vereinigung und einer einzigen internationalen Souveränität kommen solle. Der Vorsitzende der Vereinigung der TMT-Veteranen Yilmaz Bora betonte, dass seine Organisation gegen jedwede Lösung und gegen Verhandlungen sei, welche die TRNZ nicht als Basis berücksichtige. Eine bizonale Lösung sei fundamental und könne nicht durch EU-Normen verwässert werden: „Wir sind dagegen, dass sich auch nur ein einziger griechischer Zypriote im Norden niederlässt. Die griechisch-zypriotische Mentalität hat sich nicht verändert. Dies wird wieder neue Konflikte schaffen. Die aktiven und effektiven Garantien durch unser Mutterland, die Türkei, sind von größter Wichtigkeit und können nicht geändert werden.“

Die Erneuerung der UN-Friedenstruppe UNFICYP durch Resolution 2263 des UN-Sicherheitsrates wurde am 28. Januar einstimmig angenommen trotz Uneinigkeit zwischen Russland auf der einen und Großbritannien und den USA auf der anderen Seite. Der russische Botschafter Vitaly Churkin bezeichnete das Dokument als „äußerst mangelhaft“ und das Garantiemächtesystem als ein „Relikt“ britischer Kolonialherrschaft. Der britische Botschafter Matthew Rycroft argumentierte hingegen, dass es Bemühungen gebe, ein Gleichgewicht zwischen emotionsgeladenen Belangen zu schaffen, sodass keine Seite den Eindruck habe, benachteiligt zu werden. Der amerikanische Botschafter David Pressman ermahnte alle Mitglieder des Sicherheitsrats, sich ernsthaft an der Zypernfrage zu beteiligen. Alle sollten ohne politische Hintergedanken, bedingt durch externe Faktoren, und im besten Interesse der

Zyprioten agieren. Ägypten kritisierte, dass es in der Resolution keinen direkten Bezug auf die Besetzung des Nordens durch die Türkei gebe.

Das Programm Action for Cooperation and Trust (ACT), welches von USAID mit einem Budget in Höhe von über 60 Millionen US-Dollar gegründet und mit Hilfe des UNDP umgesetzt wurde, wurde am 31. Dezember 2015 beendet. Das 2005 ins Leben gerufene Programm förderte die zivilgesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit über ethnische Grenzen hinweg. Teil des Programms war auch die Restaurierung historischer Gebäude, was die Identität und das historische Gedächtnis der Insel stärkte. Nach Angaben der Webseite der UNDP Europa und Zentralasien beziffert eine Umfrage vertrauen heute 53% der griechischen und 29% der türkischen Zyprioten der jeweils anderen Volksgruppe, im Vergleich zu 19% bzw. 4% im Jahr 2006.

## 2. Gasvorkommen

Am 28. Januar fand ein weiteres trilaterales Treffen zwischen den Staatschefs aus Zypern, Griechenland und Israel in Nikosia statt. Präsident Nicos Anastasiades, der griechische Premier Alexis Tsipras und der israelische Premier Benjamin Netanjahu einigten sich auf die Schaffung einer Gruppe von Experten. Diese sollen die Machbarkeit einer Pipeline, welche Erdgas aus dem östlichen Mittelmeer nach Europa über Kreta transportieren soll, sowie eines Elektrizitätskabels, dem sogenannten EuroAsia Interconnector, welches bis zu 200 Megawatt

Energie nach Europa transportieren und Israel, Zypern und Griechenland verbinden soll, bestimmen. Die Europäische Union stuft beide Pläne als „Projekte von gemeinsamen Interesse“ ein, welche Europas Energiesicherheit stärken und die Integration des europäischen Marktes verbessern sollen.

Am 27. Januar trat BG Cyprus (BG steht für British Gas), eine Tochtergesellschaft des multinationalen Öl- und Gasunternehmens BG Group, dem Konsortium bei, welches die Konzession für Block 12 innerhalb der zypriotischen exklusiven Wirtschaftszone mit einem Anteil von 35% innehat. Die Vereinbarung wurde vom amerikanischen Unternehmen Noble Energy, der israelischen Firma Delek Drilling Oil Exploration, BG sowie dem zypriotischen Energieminister Giorgos Lakkotrypīs unterzeichnet. Noble hat mit 35% weiterhin das Betreiberrecht für Block 12, während Delek und Avner einen Anteil von jeweils 15% halten. Bereits am 28. Januar stimmte das Kabinett dem Beitritt der BG Group in das Konsortium zu. Lakkotrypīs beschrieb die Entwicklung als „sehr wichtig“.

Am 19. Januar unterzeichnete die Regierung mit dem Konsortium von ENI-KOGAS eine zweijährige Explorationsverlängerung für die Blöcke 2, 3 und 9. Bereits im Dezember hatte das Kabinett dem Antrag des italienisch-südkoreanischen Konsortiums zugestimmt. Derweil hatte Präsident Anastasiades am Rande des Weltwirtschaftsforums die Möglichkeit, getrennte Gespräche mit den Geschäftsführern des französischen Energieriesen TOTAL, Patrick Pouyanné, und des italienischen Energieunter-

nehmens ENI, Claudio Descalzi, zu führen. Nach einem produktiven Treffen zwischen Anastasiades und Descalzi, betonte Letzterer die Entschlossenheit seines Unternehmens sich auch weiterhin in Zyperns exklusiver Wirtschaftszone engagieren zu wollen.

### 3. Griechische Zyprioten

#### Wirtschaftliche Entwicklungen

Die europäischen Finanzminister lobten Zypern während eines Eurogruppentreffens am 14. Januar für die Fortschritte bei der Umsetzung des Hilfsprogramms. Trotzdem gebe es noch einige Verpflichtungen gegenüber der Troika.<sup>3</sup> Um die letzte Tranche in Höhe von 400 Millionen Euro von seinen internationalen Gläubigern zu erhalten und die Überprüfung mit einem positiven Ergebnis abzuschließen, müsse das zypriotische Parlament ein Gesetz zur Privatisierung des staatlichen Telekommunikationsunternehmens CyTA verabschieden. Am 22. Januar zahlte der IWF 126,3 Millionen Euro an Zypern aus.

Laut der Zentralbank sank der Anteil der notleidenden Kredite bei den zypriotischen Banken von 48% im Oktober auf unter 46,1% im November 2015 und erreichte somit den niedrigsten Stand seit Januar 2015. Zudem nahm das Gesamtvolumen aller Kredite bei zypriotischen Banken um monatlich 307,7 Millionen Euro zu und erreichte 62,8 Milliarden Euro im Dezem-

ber: Auch die Einlagen wuchsen um 203 Millionen Euro auf fast 46 Milliarden Euro.

Nach Angaben von Eurostat lag die Arbeitslosenquote im Dezember unverändert bei 15,7% im Vergleich zum Vormonat. Im Dezember 2014 war die Arbeitslosenrate noch 0,6% höher gewesen und lag bei 16,3%.

Laut des Statistischen Dienstes nahm die Zahl der Touristen in Zypern 2015 um 8,9% zu und erreichte eine Rekordzahl von 2.659.405. Es kamen mehr Touristen aus Großbritannien, Zyperns größtem Markt, was den Rückgang bei russischen Touristen ausglich. 2015 lag die Zahl britischer Touristen seit 2011 zum ersten Mal wieder über einer Million mit 1.041.208, was einem Anstieg von fast 20% im Vergleich zu 2014 entspricht. Die Zahl russischer Touristen, die in den letzten Jahren Zyperns zweitgrößter Markt waren, fiel um fast 18% auf 524.853.

#### Innenpolitische Entwicklungen

Zum ersten Mal seit 1974 wurde das Dreikönigsfest wieder im Norden gefeiert. 1.200 Pilger aus ganz Zypern nahmen an einem Gottesdienst in der St-Georgs-Kirche (Agios Georgios Exorinos) teil, die innerhalb der Stadtmauern der Altstadt VON Famagusta liegt.

Am 16. Januar gab die größte Oppositionspartei AKEL ihre Kandidaten für die bevorstehenden Parlamentswahlen im Mai bekannt. Unter den aus Nikosia stammenden Kandidaten sind der Generalsekretär der Partei, Andros Kyprianou, und der ehemalige Leiter der zypriotischen Tourismusorganisation, Marios Hannides. Die ehe-

<sup>3</sup> Die Troika besteht aus dem Internationalen Währungsfond (IWF), der Europäischen Kommission, und der Europäischen Zentralbank (EZB).



malige Innenministerin und Bürgermeisterin von Nikosia, Eleni Mavrou, tritt für den Wahlbezirk Kyrenia an. Eine Liste mit allen Kandidaten der AKEL kann hier eingesehen werden: <http://www.akel.org.cy/2016/01/16/psifodeltia-akel-aristera-nees-dynameis/#.Vpo7sLZ97Gh>

Am 15. Januar stellte die Europaabgeordnete Eleni Theocharou die Gründungserklärung für ihre Solidaritätsbewegung vor. Die Bewegung verfolge das Ziel, „die Republik Zypern zu retten“ und „die Rechte der zypriotischen Bürger wiederherzustellen“. Theocharou hatte die DISY im November verlassen. Als Begründung gab sie abweichende Ansichten über den Umgang mit dem Zypernproblem an. Sie betonte die Notwendigkeit, den derzeitigen Niedergang Zyperns aufzuhalten. Die Bewegung verfolge das strategische Ziel, Zypern mit Hilfe einer demokratischen Vereinbarung zu befreien, die auf den Prinzipien und Werten der EU und der Menschenrechtserklärung basiert.

### **Arbeitsverhältnisse und Gewerkschaften**

Alle Gewerkschaften des zypriotischen Telekommunikationsunternehmens CyTA sind nach wie vor gegen die Privatisierung des Unternehmens und warten auf die Entscheidung des Parlaments. Die Gewerkschaften sind von ihren Mitgliedern autorisiert worden, zu streiken, sollte die Gewerkschaftsführung dies als notwendig erachten. Die Gewerkschaften standen weiterhin mit der Regierung in Kontakt und legten ihre eigenen Vorschläge hinsichtlich der Arbeitsverhältnisse im Falle einer Privatisierung vor. Die Regierung wiederum lehnte Vorschläge ab, welche den neuen Besitzer an die beste-

henden Tarifvereinbarungen binden, die zusätzliche Entlassungen auf freiwilliger Basis verhindern sollen.

Der Streit zwischen der Regierung und den Gewerkschaften des zypriotischen Energieunternehmens CEA eskalierte nach der Regierungsentscheidung, das Unternehmen in zwei Einheiten aufzuteilen. Eine Einheit soll für die Produktion und Verteilung der Elektrizität zuständig sein, während die andere Einheit die Kontrolle über die Infrastruktur und das Netz ausüben soll. Der Arbeitnehmerverband OEB und die Handelskammer KEVE gaben in einer öffentlichen Stellungnahme bekannt, dass sie die Entscheidung der Regierung unterstützen und beschuldigten die Gewerkschaften, die notwendigen Reformen zu blockieren. Des Weiteren wurde die Frage aufgeworfen, ob es keine rechtlichen Beschränkungen für Streiks im Bereich der „notwendigen Dienstleistungen“ geben solle. Die Gewerkschaften bezeichnen die Aufteilung der CEA in zwei Einheiten mit unterschiedlichen Eigentümern als einen ersten Schritt in Richtung Privatisierung, die „bis zum bitteren Ende“ auch durch Streiks bekämpft werde. In einer Stellungnahme werden die derzeitigen Praktiken im Norden als ein Zeichen für mögliche Entwicklungen im Süden gewertet, falls die CEA „in verschiedene Stücke aufgebrochen“ und „privaten Interessen unterworfen“ werde. Dort fahre ein privates Energieunternehmen die Produktion lieber zurück als einen teureren, jedoch umweltfreundlicheren Treibstoff zu verwenden.

Der Streit über die Geschäftsöffnungszeiten eskalierte, da die großen Einzelhandelsketten

die derzeitige gesetzliche Bestimmung ignorieren und unter der vorherigen, nicht mehr gültigen Regelung mit „unbegrenzten Öffnungszeiten“ operieren. Die verhängten Bußgelder sind zu niedrig, um die weitere Ausbreitung dieser Praxis zu verhindern. Die Mehrheit der im Parlament vertretenen Parteien plant daher ein neues Gesetz, welches die Bußgelder erhöhen soll.

Lehrbeauftragte und Assistenzprofessoren gründeten eine neue Gewerkschaft für alle Inhaber eines Dokortitels, die in der universitären Forschung und Lehre tätig sind, aber keinen ständigen Lehrstuhl innehaben. In einer Mitteilung an die Presse betonte die neugegründete DEDE, dass sie alle Assistenzprofessoren und Lehrbeauftragte in ihrer akademischen Laufbahn und ihren Rechten unterstützen wolle. Dies sei nicht nur im Interesse der betroffenen Akademiker, sondern würde eine Verbesserung der akademischen Forschung und Lehre in Zypern begünstigen.

Das bikommunale Gewerkschaftsforum „All Trade Unions Forum“ übergab an die beiden Volksgruppenführer ein Dokument mit Vorschlägen, wonach die Arbeitsverhältnisse vereinheitlicht und ein einziges Sozialversicherungssystem geschaffen werden sollen. Außerdem erwarten die Experten, dass die Rechte der Gewerkschaften sowie die Tariffreiheit respektiert würden und betonen, dass ein gemeinsamer Arbeitsmarkt und allgemein gültige Gehaltseinstufungen eingeführt werden müssen, um Benachteiligungen zu verhindern. Griechisch- und türkisch-zypriotische Gewerkschaften fordern zudem einen schnellen volkswirt-

schaftlichen Konvergenzprozess und Klarheit in allen temporären Maßnahmen der Übergangsphase.

Angestellte der Cyprus Human Resource Development Authority (ANNAD) reichten eine Beschwerde gegen ihren Arbeitgeber ein, da jener die Sozialversicherungsbeiträge nicht gezahlt und die Hälfte der Angestellten als selbstständig gemeldet habe, obwohl sie in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis mit festgelegten Arbeitszeiten auf dem Gelände des Arbeitgebers stünden.

PEO drängte die Regierung, Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung einzuleiten. Andernfalls sei sie für sozialen Unfrieden verantwortlich, da das soziale Gefälle in Zypern innerhalb Europas am stärksten zunehme. Die PEO weist auf die gemeinsamen Vorschläge von PEO, SEK und DEOK hin, welche die Tariffreiheit und die Verbesserung der institutionellen Rahmenbedingungen für die rechtlichen Beschäftigungsbedingungen in spezifischen Bereichen und Gruppen sowie die Pflichten der Arbeitgeber betreffen.

PEO und SEK bestreikten ein privates Busunternehmen in Larnaka, da sich der Arbeitgeber geweigert hatte, die tarifvertraglichen Vereinbarungen einzuhalten, nachdem eine zeitlich begrenzte, von beiden Seiten akzeptierte Ausnahmeregelung aufgrund der besonderen Umstände aus dem Jahr 2014 abgelaufen war.

Die Arbeitgeber der Hotelbranche weigerten sich ebenfalls, zu den Bedingungen des Tarifvertrages zurückzukehren, nachdem die im Jahr 2013 vereinbarten Maßnahmen abgelaufen

waren. PEO und SEK riefen ihre Mitglieder auf, sich auf eine Teilnahme bei den Distriktversammlungen vorzubereiten, um ihre Aktionen zu koordinieren.

Der Vorsitzende des parlamentarischen Ausschusses für Arbeitsfragen (ein Mitglied der AKEL), gab bekannt, dass es zahlreiche Beschwerden über Arbeitgeber im Einzelhandel gebe, die ihre Angestellten zwingen würden, zwei Arbeitsverträge zu unterzeichnen; einen offiziellen und einen inoffiziellen, in dem längere Arbeitszeiten und Gehälter vereinbart würden, die unter dem rechtlichen Mindestlohn liegen.

Die Gewerkschaft der im öffentlichen Dienst angestellten Ärzte, PASIKI, rief ihre Mitglieder auf, täglich nicht mehr als dreißig Patienten zu behandeln. Der Gewerkschaft zufolge sei dies im Interesse der Öffentlichkeit und der Angestellten im Gesundheitswesen. Die Krankenhäuser litten unter Personalmangel und hätten Probleme in den Arbeitsabläufen. Daher solle der Staat Verantwortung übernehmen und eine Lösung finden. Die Gewerkschaft lehnt auch die Pläne der DISY und DIKO ab, wonach das Renteneintrittsalter für Ärzte auf 68 angehoben werden soll und drohte für Anfang Februar mit Arbeitsniederlegungen.

## 4. Türkische Zyprioten

### Wirtschaftliche Entwicklungen

Ein neues technisches Hilfsprogramm wurde angekündigt, welches die Wettbewerbsfähigkeit

der Privatwirtschaft und den Aufbau von Kapazitäten lokaler Interessenvertreter fördern soll. Getragen wird das Projekt mit dem Namen „Technical Assistance Private Sector“ (TAPS) von der EU und dem Entwicklungszentrum für kleine und mittlere Unternehmen (KOBIGEM), das Teil des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie und Handel ist. Während einer Pressekonferenz am 25. Januar sagte der Leiter des Projektteams von TAPS, Jean Claude Duplouy, dass das Projekt eine Laufzeit von 17 Monaten und ein Budget von 1,3 Millionen Euro habe. Das Projekt solle die Kapazitäten der entsprechenden Institutionen stärken, welche für die Entwicklung der türkisch-zypriotischen Wirtschaft zuständig sind, Machbarkeitsstudien erarbeiten und Beratung von Gründer- und Innovationszentren, Cluster und Geschäftsentwicklungszentren leisten. Zudem sollen die Kapazitäten anderer Interessenvertreter, die an der Entwicklung des privaten Sektors und der Handelskammern arbeiten, geprüft und Wege vorgeschlagen werden, welche kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu Finanzierungshilfen ermöglichen sollen.

Laut der Wirtschaftsanalytistin Fiona Mullen, die eine Kolumne für die *Cyprus Weekly* schreibt, scheinen die türkisch-zypriotischen Banken „in einem guten Zustand“ zu sein. „Die Zahlungsfähigkeit der türkisch-zypriotischen Banken ist besser als die der griechisch-zypriotischen und die Eigenkapitalquote der türkisch-zypriotischen Banken scheint höher als der jene der griechisch-zypriotischen Banken“, schrieb Mullen. Anfang des Monats sagte der griechisch-zypriotische Wirtschaftsminister Harris Georgiades, dass die türkisch-zypriotischen Banken in einem

„unbekannten und nicht ausreichend überwachten“ Umfeld arbeiteten, während die türkisch-zypriotische Wirtschaft ein „unbekannter Faktor“ sei.

Die griechisch-zypriotische Tageszeitung *Phileleftheros* berichtete über den Umfang der Kreditkartentransaktionen griechischer Zyprioten im Norden. Laut JCC, einer privaten Kreditkartentransaktionsfirma, gaben griechische Zyprioten 2015 1,2 Millionen Euro für Reisen in die Türkei und 1,5 Millionen Euro für Glücksspiel aus. 2,3 Millionen Euro wurden für Hotelübernachtungen, 450.520 Euro für Bekleidung und Schuhe, 46.000 Euro für Medizin und 136.000 Euro für Treibstoff ausgegeben.

Der stellvertretende Untersekretär für Europa und Eurasia im amerikanischen Finanzministerium, Daleep Singh, hatte im Rahmen seines Besuchs auf Zypern ein Treffen mit Finanzminister Birikim Ozgur. Singh wurde über die Situation der türkisch-zypriotischen Wirtschaft informiert und legte seine Ansichten hinsichtlich der finanziellen Herausforderungen und Möglichkeiten im Falle einer Lösung dar.

Nach Angaben des staatlichen Planungsbüros lag die jährliche Inflationsrate für das Jahr 2015 bei 7,78%.

### **Innenpolitische Entwicklungen**

Die Streit hinsichtlich der Struktur der neuen Wasserbetriebe, die für die Verteilung und Operation des aus der Türkei stammenden Wassers sowie der bereits bestehenden Wasservorkommen zuständig sind, eskalierte im Januar.

Am Monatsanfang stellte die türkische Botschaft in Nikosia unter anderem klar, dass die richtige Adresse zur Lösung des Problems nicht die Parteiversammlung der CTP, sondern der Ministerrat sei. Im Dezember hatte der größere Koalitionspartner CTP die Vereinbarung abgelehnt, welche aufgrund von Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen zustande kam und eine Privatisierung vorsieht. Der CTP-Vorsitzende und ehemalige Präsident Mehmet Ali Talat sagte daraufhin, dass die CTP Parteiversammlung der Türkei sehr dankbar dafür sei, dass lebensnotwendiges Wasser nach Zypern geliefert werde. Es müsse jedoch klar sein, dass die Entscheidung darüber, wie das Wasser verwaltet wird, bei den Zyprioten liegen müsse. Innenminister Asim Akansoy verteidigte die Entscheidung der Parteiversammlung und sagte, dass die Partei in der Wasserfrage nicht von ihren Prinzipien abrücken werde. Akansoy bezeichnete das Schreiben der türkischen Botschaft als „unglücklich“. Obwohl das Kabinett wichtig sei, sei er als Kabinettsmitglied dennoch der Meinung, dass der Wille der Parteiversammlung entscheidend sei. Gegen Monatsende kündigte Premierminister Omer Kalyoncu an, dass nach Gesprächen mit türkischen Vertretern innerhalb der nächsten Tage eine Entscheidung getroffen werde. Kalyoncu sagte auch, dass die Wasserwerke zum ersten Mal durch eine öffentlich-private Partnerschaft betrieben würden. Bei solch einem sensiblen und wichtigen Thema sei eine gründliche und detaillierte Debatte nur natürlich.

Zwischen dem 25. und 28. Januar veranstaltete die Vertretung der EU in Zypern eine Reihe von Seminaren, um verschiedene Bevölkerungs-

gruppen mit dem Acquis Communautaire der EU vertraut zu machen. Öffentliche Angestellte, örtliche Verwaltungsangestellte, Gewerkschaften, Geschäftsleute und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen nahmen an fünf Seminaren mit den Themen European Legal Network, EU-Migrations- und Innenpolitik, Außenpolitik und Sicherheit, Korruptionsprävention sowie Sozialpolitik und Beschäftigung teil.

Der ehemalige türkisch-zypriotische Verhandlungsführer Kudret Ozersay informierte die Öffentlichkeit während einer Pressekonferenz über die von ihm vor kurzem gegründete Partei. Die Volkspartei sei das Ergebnis monatelanger Arbeit und eines Gedankenaustauschs mit verschiedenen Gruppen. Hinsichtlich der Zypernfrage unterstütze die Volkspartei eine Lösung, welche die Rechte und Interessen beider Volksgruppen respektiere und bei der es keine Verlierer gebe.

Die Zahl der Anträge von griechischen Zyprioten bei der Kommission für unbewegliches Eigentum (Inmovable Property Commission) nahm von 375 im Jahr 2014 auf 182 im Jahr 2015 ab. Die Kommission wurde 2005 nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Fall Xenides-Aresti gegen die Türkei gegründet. Die IPC ist ein international anerkanntes innerstaatliches Instrument für Klagen im Zusammenhang mit griechisch-zypriotischem Eigentum im Norden. Anfang Februar lagen der IPC insgesamt 6.269 Anträge vor. 731 Anträge wurden durch eine gütliche Einigung abgeschlossen, 21 durch eine formale Anhörung. Bis

jetzt zahlte die Kommission insgesamt 215,6 Millionen Pfund Sterling an Kompensationen.

### Außenpolitik

Die türkisch-zypriotische Außenministerin Emine Colak nahm an einer Reihe offizieller Treffen in der Hauptstadt von Katar, Doha, teil. Während der Treffen informierte Colak Geschäftsleute über den Verhandlungsprozess und Investitionsmöglichkeiten in Zypern. Colak wies darauf hin, dass das positive Klima im Falle einer Lösung ideale Bedingungen für Investitionen schaffen würde. Der Vorsitzende der türkisch-zypriotischen Handels- und Industriekammer, Cavlan Paralik, und der Vorsitzende der zypriotischen Handelskammer, Fikri Toros, begleiteten Colak während ihres Besuchs.

Eine Delegation unter der Leitung der Parlamentssprecherin Sibel Siber nahm an der 11. Konferenz der Parlamentarischen Union der Organisation für islamische Zusammenarbeit in Bagdad teil. Türkische Zyprioten haben einen Beobachterstatus bei der Organisation.

## 5. FES Zypern Veranstaltungen

## März

### Februar

**Donnerstag 11.02.2015**

FES

Diskussion

**Dialog zwischen MdB Team Manuel Sarrazin  
und zypriotischen Studierenden**

Ouzeri Orfeas ,  
Nikosia , Zypern

Nicht öffentliche Veranstaltung



**Montag 29.02.2015**

FES

Diskussion

**Dialog zu den Chancen der Wiedervereinigung  
Zyperns zwischen Michael Roth, Staatsminister  
für Europa im Auswärtigen Amt, und  
zypriotischen Studierenden**

University of Nicosia ,  
Nikosia , Zypern

Nicht öffentliche Veranstaltung



**Freitag 11.03.2016**

PRIO / FES

Konferenz

**Cypriot-Greek Relations**

t.b.a.

Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



**Sonntag 27.03.2016**

PRIO / FES

Launch der Publikation

**Post-Annan Youth Study**

Home for Corporation (Buffer Zone)

Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



**Impressum:**

**Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)**

Büro Zypern  
Stasandrou Str. 20, Apt. 401  
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336  
Email: [office@fescyprus.org](mailto:office@fescyprus.org)  
Web-Seite: [www.fescyprus.org](http://www.fescyprus.org)  
Facebook: [www.facebook.com/FEScyprus](http://www.facebook.com/FEScyprus)

**Text:**

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,  
Sertac Soner, Grigoris Ioannou, Ute Ackermann-  
Boeros und Sophia Papastavrou

**Übersetzung:**

Ute Ackermann-Boeros und Hubert Faustmann

**Layout:**

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter  
abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie  
bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi [fespaparoditi@gmail.com](mailto:fespaparoditi@gmail.com)